

Kritik an Seehofer-Gesetz

DAF unterstützt Offenen Brief von 22 Verbänden

Das von Bundesinnenminister Seehofer so genannte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ steht im Fokus der Kritik von 22 zivilgesellschaftlichen Organisationen wie etwa Pro Asyl, AWO, Diakonie und Deutsches Kinderhilfswerk in einem Offenen Brief an alle Bundestagsabgeordneten. Diesem Offenen Brief hat sich jetzt der DAF – Internationale Freundeskreis Bretten e.V. angeschlossen und direkt die Bundestagsabgeordneten der CDU und SPD im Umkreis angeschrieben. In dem Schreiben moniert der DAF, dass der Gesetzentwurf in Teilen verfassungsrechtlich fragwürdig sei. Er genüge auch nicht dem humanitären Anspruch, den man sich von einem freiheitlich-demokratischen Land wie der Bundesrepublik Deutschland erwarten müsse. Außerdem unterlaufe der Gesetzentwurf, der sich zurzeit im Anhörungsverfahren befindet, die Bemühungen von unzähligen Unternehmen, die integrationswilligen geduldeten Asylbewerbern Beschäftigung und Ausbildung bieten. Die Unternehmer-Initiative „Bleiberecht durch Arbeit“ von 150 baden-württembergischen Unternehmen und Handwerksbetrieben, angeführt von VAUDE Sport- Geschäftsführerin Antje von Dewitz und dem Brauerei-Unternehmer Clemens Härle, setzt sich seit langem dafür ein, dass ihre über 2000 geflüchteten Mitarbeiter aus der Abschiebe-Bedrohung herausgeholt werden und ihnen eine gesicherte Bleibeperspektive geboten wird. Dabei handeln die Wirtschaftsunternehmen durchaus im Eigeninteresse, da sie die ausländischen Arbeitskräfte dringend benötigen. Auch der DAF hat in Bretten und Umgebung mit Migranten zu tun, die seit bis zu drei Jahren in Arbeit oder Ausbildung stehen, ihren Lebensunterhalt ohne staatliche Unterstützung selbst finanzieren und sich immer noch in einer prekären rechtlichen Situation befinden. In seinem Schreiben wundert sich der DAF auch darüber, warum die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen aus CDU und SPD sich nicht endlich auf die Arbeit an einem „Gelingende-Integration-Gesetz“ konzentrieren anstatt die Integration von geflüchteten und zugewanderten Menschen in Arbeit und Gesellschaft immer wieder durch komplizierte bürokratische Hürden zu erschweren und fordert die Abgeordneten auf, dem Gesetz in der vorliegenden Form nicht zuzustimmen.

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/deutschland-offener-brief-die-abgeordneten-des-deutschen-bundestages-zum>

<https://www.unternehmer-initiative.com/>